

[FREIE WÄHLER Bundesvereinigung · Mühlenstraße 1 · 27777 Ganderkesee](#)

Herrn
Jörg Reiners Netzwerkrat c/o
Netzwerk Grundeinkommen
Veilchenweg 6
74360 Ilsfeld

Bundesgeschäftsstelle

Maren Meyer

☎ 04222-209 49 25

📠 04222-209 49 23

✉ geschaeftsstelle@freiewaehler.eu


31.07.2017

Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Reiners,

anbei senden wir Ihnen gern die beantworteten Wahlprüfsteine.

Mit freundlichen Grüßen



Antworten der FREIE WÄHLER Bundesvereinigung auf den Wahlprüfstein Netzwerk Grundeinkommen

-1-

Wie steht Ihre Partei zum Grundeinkommen gemäß den vier Kriterien* des Netzwerk Grundeinkommen?

Die Idee des Grundeinkommens sehen wir FREIE WÄHLER kritisch und lehnen sie bislang ab. Wir sind der Ansicht, dass durch die Einführung eines Grundeinkommens die Gefahr entsteht, dass der materielle Anreiz zur Aufnahme einer Arbeit sinkt und die Bürgerinnen und Bürger häufiger untätig sein würden. Dies wäre für unsere Volkswirtschaft mehr als schlecht. Gleichwohl werden Automatisierungsprozesse in der Industrie zur Herausforderung für den Faktor Arbeit. Wir wollen deshalb für Kapitalgesellschaften sicherstellen, dass sie angemessene Steuern für ihre Standorte in Deutschland zahlen und damit einen gerechten Beitrag zur Sicherung des Sozialstaats leisten. Testläufe für ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie etwa in Finnland, gilt es abzuwarten, ehe wir über eine grundsätzliche Neuausrichtung unserer sozialen Sicherungssysteme nachdenken. Wir treten generell dafür ein, dass sich Leistung lohnen muss. Allerdings sehen wir im Bereich der Steuergesetzgebung deutliches Verbesserungspotential. Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit und eine Steuervereinfachung. Insbesondere verfolgen wir die Abschaffung der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags.

-2-

Welche Ihrer Meinung nach mit der Einführung des Grundeinkommens verbundenen weiteren Reformen strebt Ihre Partei an?

Siehe Antwort auf Frage 1.

-3-

Will und wie will Ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland befördern?

Aufgrund der kritischen Einstellung gegenüber der Idee des Grundeinkommens werden wir die Diskussion über dessen Einführung nicht weiter befeuern.

-4-

Wie steht Ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag einzurichten, in der Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens diskutiert werden? Ist Ihre Partei bereit, Bürgerschaftsforen und -konvente anlässlich der Enquete-Kommission zum Grundeinkommen zu unterstützen, und somit eine breite Öffentlichkeit in die gesellschaftliche Diskussion über das Grundeinkommen einzubeziehen?

Siehe Antwort auf Frage 3.

-5-

Wie stehen Sie zur Forderung, die Einführung des Grundeinkommens in Deutschland mit einem bundesweiten Volksentscheid zu verbinden? (Was natürlich voraussetzt, dass dieser möglich ist.)

Wir FREIE WÄHLER fordern die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene nach Schweizer Vorbild. Sollte sich die Bevölkerung in einem solchen Referendum mehrheitlich für ein Grundeinkommen aussprechen, müssten die politisch verantwortlichen an der Umsetzbarkeit des Vorhabens arbeiten.

-6-

Das Europäische Parlament hat sich in zwei Entschlüssen wie folgt zum Grundeinkommen in der EU geäußert: Entschluß des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU (2008/2034(INI)): Das Europäische Parlament „fordert die Kommission auf, die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen.“

Entschluß des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI)): Das Europäische Parlament „ist der Auffassung, dass die verschiedenen Erfahrungen mit Mindesteinkommen sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle, gepaart mit zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung und zum sozialen Schutz, zeigen, dass es sich um wirksame Formen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Gewährleistung eines Lebens in Würde für alle handelt; fordert daher die Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung anderer Erfahrungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen, die bewährte Verfahren berücksichtigen und anregen, und individuell verschiedenen Modelle des angemessenen Armut verhindernden Mindest- bzw. Grundeinkommens als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürger (...) bejahen.“ Das Europäische Parlament „fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden.“

6a

Welche Positionen nimmt Ihre Partei zu diesen Forderungen des Europäischen Parlaments ein?

Siehe Antwort zu Frage 1, in welcher wir FREIE WÄHLER uns grundsätzlich gegen die Einführung eines Grundeinkommens aussprechen.

6b

Welche Aktivitäten haben Ihre Partei bzw. Ihre Abgeordneten zur Umsetzung dieser Forderungen unternommen?

Aufgrund unserer ablehnenden Haltung haben wir FREIE WÄHLER bis dato keine diesbezüglichen Aktivitäten unternommen.

-7-

Das Grundeinkommen wird als Menschenrecht diskutiert, das, wie alle Menschenrechte, allen Menschen bedingungslos zusteht.

7a

Wie bewertet Ihre Partei ein weltweites Grundeinkommen für alle Menschen, dass die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe auf dem jeweiligen nationalen Niveau sichert?

Siehe Antwort auf Frage 1.

7b

Engagiert sich Ihre Partei für die Beförderung eines weltweiten Grundeinkommens? Wenn ja, wie?

Nein.

-8-

Unter dem Stichwort Digitalisierung deuten sich enorme Veränderungen in der Erwerbsarbeitswelt an.

8a

Welche erwerbsarbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen und Instrumente werden in Ihrer Partei diskutiert und welche konkreten politischen Maßnahmen erachtet Ihre Partei als notwendig, um diesen Wandel im Sinne der Bedürfnisse der Menschen zu gestalten?

Wir verfolgen die Idee einer sogenannten „Automatisierungsabgabe“. Dem Wegfall von geringqualifizierten Arbeitsplätzen durch weiteren Einsatz von Maschinen gilt es entgegenzuwirken und die daraus entstehenden Folgen für die sozialen Sicherungssysteme abzuschwächen.

8b

Welche Rolle könnte in dieser Hinsicht aus der Sicht Ihrer Partei das bedingungslose Grundeinkommen spielen?

Wir FREIE WÄHLER sehen ein bedingungsloses Grundeinkommen als nicht zielführend an und lehnen dieses daher ab.

-9-

Die bestehenden Grundsicherungssysteme sind in der Kritik.

9a

Welche Änderungen bzw. Anpassungen (Höhe, Sanktions- und Repressionsfreiheit, Individualisierung der Leistung etc.) an bestehenden Grundsicherungen (SGB II / SGB XII) plant Ihre Partei?

Wir FREIE WÄHLER fordern eine ständige Anpassung der Höhe, um steigende Lebenshaltungskosten auszugleichen, bspw. wegen steigenden Energiekosten. Darüber hinaus prüfen wir eine stärkere Individualisierung der Leistung.

9b

Wie steht Ihre Partei zur Auffassung des ehemaligen Leiters der Sektion Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), dass der Sanktionsparagraf des SGB II (bekannt als Hartz IV) in Bezug auf Aufnahme einer Lohnarbeit ein völkerrechtswidriger Verstoß gegen das Verbot von Zwangsarbeit ist? Dazu (https://www.boeckler.de/pdf_fof/96400.pdf)

Eine generelle Abschaffung von „Hartz IV“ sehen wir kritisch. Vielmehr muss an ausgewählten Stellschrauben gedreht werden, um bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Im Weiteren verweisen wir auf die Antwort auf Frage 10.

-10-

Welche konkreten Maßnahmen sieht Ihre Partei als notwendig an, um Kinder- und Altersarmut zu beseitigen?

Das Schonvermögen eines Antragstellers von Hartz IV soll zur Vermeidung von Altersarmut erweitert werden. Dazu soll der Bemessungsbetrag auf 2.000 Euro pro Lebensjahr ohne Obergrenze angehoben werden. Essentiell für den Abbau der Kinderarmut ist die Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Daher gilt es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu stärken, etwa in Form des Ausbaus der Kindertagesbetreuung.

10a

Sieht Ihre Partei mit einer ausreichenden Grundrente für alle eine Chance, Armut im Alter abzuschaffen?

Wir FREIE WÄHLER fordern grundsätzlich ein höheres Rentenniveau für Beitragszahler. Ein weiteres Abschmelzen der prozentualen Lohnersatzleistung gilt es in jedem Fall zu verhindern.

10b

Sieht Ihre Partei mit einem jedem Kind zustehenden, ausreichenden Grundeinkommen eine Chance, Kinderarmut abzuschaffen?

Nein.

-11-

Welche konkreten Vorschläge unterbreitet Ihre Partei, um den Menschen mehr finanziell abgesicherte Selbstbestimmung über ihre Erwerbsarbeits- und Lebenszeit zu ermöglichen, zum Beispiel durch eine steuerfinanzierte Absicherung einer Auszeit?

Die steuerfinanzierte Absicherung einer Auszeit sehen wir kritisch und verfolgen das Thema nicht.

-12-

Das Grundeinkommen hat in den meisten Modellen, neben Armutsprävention und angestrebter selbstbestimmter Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Formen menschlicher Tätigkeit (Care-Arbeit, am Gemeinwesen orientierte Tätigkeit, bürgerschaftliches Engagement), auch eine verteilungspolitische Funktion. Sieht Ihre Partei in verteilungspolitischer Hinsicht Handlungsbedarf und welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei diesbezüglich vor?

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Um Altersarmut vorzubeugen, wollen wir deshalb das Rentenniveau steuerfinanziert anheben. Auch gilt es, Erziehungszeiten, in denen einem Beruf nicht oder nur zum Teil nachgegangen werden kann umfänglich auf die spätere Rente anzurechnen. Insbesondere wollen wir durch Abschaffung der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags wollen wir zudem für steuerliche Entlastung sorgen. Zudem wollen wir Familien besser fördern. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER ist es nicht mehr zeitgemäß, die steuerlichen Vorteile an den Zivilstand der Ehe zu knüpfen. Entscheidendes Kriterium für steuerliche Vorteile sind für uns die Kinder. In unserer heutigen Gesellschaft ist es nicht mehr nachvollziehbar, warum nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende von den steuerlichen Vergünstigungen (Ehegattensplitting) ausgenommen sind, während kinderlose Ehepaare in den Genuss des Ehegattensplittings kommen.

*)

DIE VIER KRITERIEN DES NETZWERK GRUNDEINKOMMEN:

Erstes Kriterium - Individuell garantiert

Auf das Grundeinkommen haben alle Menschen einen individuellen Rechtsanspruch, unabhängig davon, ob sie allein oder mit anderen leben, ob sie verheiratet sind oder nicht.

Zweites Kriterium – Ohne Bedürftigkeitsprüfung

Jeder Mensch hat Anspruch auf das Grundeinkommen, unabhängig von Einkommen und Vermögen.

Drittes Kriterium – Ohne Zwang zur Arbeit / Ohne Gegenleistung

Das Grundeinkommen ist auch unabhängig davon, ob man für Geld arbeitet oder bereit ist, es zu tun. Es wird keinerlei Gegenleistung verlangt.

Viertes Kriterium – Existenz- und teilhabesichernd

Die Höhe des Grundeinkommens sichert die Existenz und ermöglicht die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Niemand muss A